

- 12° HBO - Begeleider sociale economie ;
- 13° HBO - Agogische bijscholing orthopedagogie ;
- 14° HBO - Orthopedagogie ;
- 15° HBO - Maatschappelijk werk ;
- 16° HBO - Sociaal - cultureel werk ;
- 17° HBO - Specifieke lerarenopleiding ;
- 18° Basisopleiding voor monitoren/begeleiders in maatwerkbedrijven
- 19° Basis cursus begeleider op de werkvloer (SST).

Annexe 4. Annexe portant détermination de la liste des titres d'expérience éligibles :

- 1° Monitor/begeleider in beschutte en sociale werkplaatsen ;
- 2° Monitor/begeleider in maatwerkbedrijven

Vu pour être annexé à l'arrêté ministériel du 10 janvier 2019 portant exécution de diverses dispositions de l'arrêté du Gouvernement flamand du 17 février 2017 portant exécution du décret du 12 juillet 2013 relatif au travail adapté dans le cadre de l'intégration collective.

Bruxelles, le 10 janvier 2019.

La Ministre flamande de l'Administration intérieure, de l'Intégration civique, du Logement,
de l'Égalité des Chances et de la Lutte contre la Pauvreté,
L. HOMANS

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2019/201393]

31. JANUAR 2019 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 69, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 51, abgeändert durch die Gesetze vom 16. Juli 1993 und 6. Januar 2014;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 18. Januar 2019;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für das Personal, den Haushalt und die Finanzen;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - In Artikel 10 des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird die Wortfolge "mit den Kennziffern 12 und 74 des Programms 00 des Organisationsbereichs 20" durch die Wortfolge "mit der Kennziffer 12 des Programms 00 des Organisationsbereichs 20 sowie mit der Kennziffer 74 der Programme 01 und 26 des Organisationsbereichs 70" ersetzt.

Art. 2 - In Artikel 13 des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 21. Februar 2017 und vom 30. Mai 2017, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"Derselbe stellvertretende Generalsekretär ist ermächtigt, im Einklang mit der geltenden Gesetzgebung über Praktikums-, Studenten- und Ausbildungsverträge zu entscheiden und sie zu unterzeichnen."

Art. 3 - In der Überschrift des Kapitels 4 desselben Erlasses wird das Wort "Fachbereichsleiter" durch die Wortfolge "Fachbereichsleiter des Ministeriums" ersetzt.

Art. 4 - Artikel 21 § 1 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

" § 1 - Dem für den Fachbereich Beschäftigung zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen von Artikel 16 des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung über Anträge zwecks Erhalt eines Zuschusses zur Einstellung von AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten zu befinden."

Art. 5 - In Artikel 25 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Februar 2017, wird folgender § 3 eingefügt:

" § 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe der in Artikel 6bis § 2 des Dekrets vom 9. Mai 1988 über den Fonds für besondere Hilfe für Kinder und Jugendliche erwähnten Mittel."

Art. 6 - Artikel 29 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 21. Februar 2017 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. September 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. § 9 und 10 werden wie folgt wieder eingeführt:

" § 9 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Aussetzung der Anerkennung und die Dauer dieser Aussetzung der in Artikel 40 § 1 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter erwähnten selbstständigen Tagesmütter/-väter zu befinden.

§ 10 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über den Entzug der Anerkennung der in Artikel 43 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter erwähnten selbstständigen Tagesmütter/-väter zu befinden."

2. folgende § § 14 bis 18 werden eingefügt:

“ § 14 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über Ausnahmegenehmigungen zur Änderung der Angaben zwecks Anerkennung der Sprachkurse, die in den Artikeln 5 § 6 Absatz 3, 13 § 6 Absatz 3 und 20 § 5 Absatz 5 des Erlasses der Regierung vom 4. Oktober 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt vorgesehen sind, zu befinden.

§ 15 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Diplomabweichungen, die in Artikel 25 § 1 Absatz 2 und § 2 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 4. Oktober 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt vorgesehen sind, zu befinden.

§ 16 - Derselbe Fachbereichsleiter wird im Rahmen der Ausführung des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 § § 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigter Anweisungsbefugte bestellt für die im Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Ausgaben der Zuweisungen mit der Kennziffer 34.31 des Programms 11 des Organisationsbereichs 50.

§ 17 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 44 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen über das Anrecht auf die Familienleistungen zu befinden.

§ 18 - Demselben Fachbereichsleiter wird Vollmacht erteilt, gemäß Artikel 53 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen festzustellen, dass ernsthafte und übereinstimmende Anhaltspunkte vorliegen, dass ein Betrug, eine arglistige Täuschung, betrügerische Handlungen oder falsche Information zur Auszahlung der Familienleistungen geführt haben.“

Art. 7 - In Artikel 31 § 1 desselben Erlasses wird die Wortfolge “psychologischen und sozialen” durch das Wort “sozialpsychologischen” ersetzt.

Art. 8 - In Artikel 34 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Februar 2017, werden folgende § § 7 bis 9 eingefügt:

“ § 7 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 5.15 § 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) und Artikel 5.31 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) des Dekretes vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule vorgesehenen Nationalitätsabweichung zu befinden.

§ 8 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 17 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) des Dekretes vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung vorgesehene Nationalitätsabweichung zu befinden.

§ 9 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 6.15 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) und in Artikel 6.32 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) des Dekretes vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen vorgesehenen Nationalitätsabweichungen zu befinden.“

Art. 9 - Artikel 37 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Februar 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Nummer 14 wird aufgehoben;

2. § 2 Nummer 6 wird aufgehoben;

3. in § 4 Nummer 14.1 wird die Wortfolge “Artikel 5.48 § 1 Absatz 2” durch die Wortfolge “Artikel 5.45 § 2” ersetzt;

4. in § 5 wird folgende Nummer 7.1 eingefügt:

“7.1 die in Artikel 5.48 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule angeführte Genehmigung;“

Art. 10 - In denselben Erlass, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. September 2017, wird folgendes Kapitel 5.1, das den Artikel 44.3 umfasst, eingefügt:

“Kapitel 5.1 - Vollmachten der Fachbereichsleiter bestimmter Dienste mit getrennter Geschäftsführung“

Art. 11 - In das Kapitel 5.1 desselben Erlasses wird folgender Artikel 44.3 eingefügt:

“Art. 44.3 - *Gemeinschaftszentren - Allgemeine und besondere Vollmachten*

Unbeschadet der allgemeinen und besonderen Vollmachten des Leiters des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung “Gemeinschaftszentren” werden den Fachbereichsleitern des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung “Gemeinschaftszentren” die in den Artikeln 39 bis 44 angeführten Vollmachten erteilt.“

Art. 12 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Art. 13 - Die Minister sind, jeder in seinem Zuständigkeitsbereich, mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 31. Januar 2019

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident

O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

I. WEYKMANS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

A. ANTONIADIS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

H. MOLLERS

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2019/201393]

31 JANVIER 2019. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 69, modifié par la loi spéciale du 16 juillet 1993;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 51, modifié par les lois des 16 juillet 1993 et 6 janvier 2014;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 18 janvier 2019;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Personnel, de Budget et de Finances;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er} - Dans l'article 10 de l'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone, les mots « concernant les allocations de base 12 et 74 du programme 00 de la division organique 20 » sont remplacés par les mots « concernant l'allocation de base 12 du programme 00 de la division organique 20 ainsi que l'allocation de base 74 des programmes 01 et 26 de la division organique 70 ».

Art. 2 - L'article 13 de l'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des fonctionnaires du Ministère de la Communauté germanophone, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 21 février 2017 et 30 mai 2017, est complété par un alinéa rédigé suit :

« Le même secrétaire général suppléant est habilité, dans le respect de la législation en vigueur, à prendre des décisions par rapport à des contrats de stage, d'étudiant et de formation ainsi qu'à les signer. »

Art. 3 - L'intitulé du chapitre 4 du même arrêté est complété par les mots « du Ministère ».

Art. 4 - L'article 21, § 1^{er}, du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Emploi pour statuer sur les demandes d'octroi en vue d'obtenir une subvention pour l'engagement de bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS dans le cadre de l'article 16 de l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi. »

Art. 5 - L'article 25 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 février 2017, est complété par un paragraphe 3 rédigé comme suit :

« § 3 - Délégation est donnée au même chef de département pour octroyer les ressources mentionnées à l'article 6bis, § 2, du décret du 9 mai 1988 relatif au Fonds pour une aide spécifique aux enfants et aux jeunes. »

Art. 6 - L'article 29 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 21 février 2017 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2017, est remplacé par ce qui suit :

1° l'article est complété par les paragraphes 9 et 10 rédigés comme suit :

« § 9 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la suspension de l'agrément des accueillants autonomes mentionnés à l'article 40, § 1^{er}, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes, ainsi que sur la durée de cette suspension.

« § 10 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur le retrait de l'agrément des accueillants autonomes mentionnés à l'article 43 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes. »;

2° l'article est complété par les paragraphes 14 à 18 rédigés comme suit :

« § 14 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'octroi de dérogations à la modification des informations relatives à l'agrément des cours de langue prévues aux articles 5, § 6, alinéa 3, 13, § 6, alinéa 3, et 20, § 5, alinéa 5, de l'arrêté du Gouvernement du 4 octobre 2018 portant exécution du décret du 11 décembre 2017 relatif à l'intégration et au vivre ensemble dans la diversité.

§ 15 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'octroi de dérogations en matière de diplôme prévues à l'article 25, § 1^{er}, alinéa 2, et § 2, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 4 octobre 2018 portant exécution du décret du 11 décembre 2017 relatif à l'intégration et au vivre ensemble dans la diversité.

§ 16 - Dans le cadre de l'application du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales, le même chef de département est désigné, en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques, ainsi que la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, § 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, comme ordonnateur délégué pour les dépenses prévues au budget des dépenses de la Communauté germanophone, concernant l'allocation de base 34.31 du programme 11 de la division organique 50.

§ 17 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur le droit aux prestations familiales, conformément à l'article 44 du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales.

§ 18 - Délégation est donnée au même chef de département pour constater, conformément à l'article 53 du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales, qu'il existe des indices sérieux et concordants selon lesquels la fraude, le dol, des manœuvres frauduleuses ou des fausses informations ont donné lieu à la liquidation de prestations familiales. »

Art. 7 - (Concerne le texte allemand.)

Art. 8 - L'article 34 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 février 2017, est complété par les paragraphes 7 à 9 rédigés comme suit :

« § 7 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dérogation en matière de nationalité prévue aux articles 5.15, § 1^{er}, 1°, a), et 5.31, alinéa 1^{er}, 1°, a), du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome.

« § 8 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dérogation en matière de nationalité prévue à l'article 17, alinéa 1^{er}, 1°, a), du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire et à la guidance en développement scolaire.

« § 9 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dérogation en matière de nationalité prévue aux articles 6.15, alinéa 1^{er}, 1^o, a), et 6.32, alinéa 1^{er}, 1^o, a), du décret du 31 mars 2014 portant création d'un centre pour le développement sain des enfants et des jeunes. »

Art. 9 - À l'article 37 du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 21 février 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1^o au § 1^{er}, le 14^o est abrogé;

2^o au § 2, le 6^o est abrogé;

3^o dans le § 4, 14.1^o, les mots « l'article 5.48, § 1^{er}, alinéa 2, » sont remplacés par les mots « l'article 5.45, § 2, »;

4^o le § 5 est complété par un 7.1^o rédigé comme suit :

« 7.1^o l'autorisation mentionnée à l'article 5.48 du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome; ».

Art. 10 - Dans le même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2017, il est inséré un chapitre 5.1, comportant l'article 44.3, rédigé comme suit :

« Chapitre 5.1 - Délégations données aux chefs de département de certains services à gestion séparée ».

Art. 11 - Dans le chapitre 5.1 du même arrêté, il est inséré un article 44.3 rédigé comme suit :

« Art. 44.3 - Centres communautaires - Délégations générales et particulières

Sans préjudice des délégations générales et particulières du directeur du service à gestion séparée « Centres communautaires », les délégations mentionnées aux articles 39 à 44 sont données aux chefs de département de ce même service.

Art. 12 - Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Art. 13 - Les ministres sont, chacun en ce qui le concerne, chargés de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 31 janvier 2019.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,

O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme,

I. WEYKMANS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,

A. ANTONIADIS

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique,

H. MOLLERS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2019/201393]

31 JANUARI 2019. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 69, gewijzigd bij de bijzondere wet van 16 juli 1993;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 51, gewijzigd bij de wetten van 16 juli 1993 en 6 januari 2014;

Gelet op het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 18 januari 2019;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Personeel, Begroting en Financiën;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1 - In artikel 10 van het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap worden de woorden "12 en 74 van het programma 00 van de organisatieafdeling 20" vervangen door de woorden "12 van het programma 00 van organisatieafdeling 20, alsook 74 van programma 01 en 26 van de organisatieafdeling 70".

Art. 2 - Artikel 13 van het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 21 februari 2017 en bij het besluit van de Regering van 30 mei 2017, wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Dezelfde plaatsvervangende secretaris-generaal wordt gemachtigd om, in overeenstemming met de geldende wetgeving, te beslissen over stageovereenkomsten, studentenovereenkomsten en opleidingsovereenkomsten en die overeenkomsten te ondertekenen."

Art. 3 - In het opschrift van hoofdstuk 4 van hetzelfde besluit wordt het woord "departementshoofden" vervangen door de woorden "departementshoofden van het Ministerie".

Art. 4 - Artikel 21, § 1, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

" § 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Werkgelegenheid wordt gemachtigd om, in het kader van artikel 16 van het besluit van de Regering van 28 september 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid, te beslissen over aanvragen om een subsidie voor de indienstneming van AktiF- of AktiF PLUS-gerechtigden te ontvangen."

Art. 5 - Artikel 25 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 21 februari 2017, wordt aangevuld met een paragraaf 3, luidende:

" § 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van de middelen vermeld in artikel 6bis, § 2, van het decreet van 9 mei 1988 betreffende het Fonds voor bijzondere hulp aan kinderen en jongeren."

Art. 6 - In artikel 29 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 21 februari 2017 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 28 september 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de paragrafen 9 en 10 worden hersteld als volgt:

" § 9 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de schorsing van de erkenning van de zelfstandige onthaalouders bedoeld in artikel 40, § 1, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders, alsook over de duur van die erkenning.

§ 10 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de intrekking van de erkenning van de zelfstandige onthaalouders bedoeld in artikel 43 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders."

2° het artikel wordt aangevuld met de paragrafen 14 tot 18, luidende:

" § 14 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over afwijkingen inzake wijziging van de gegevens voor de erkenning van de taalcursussen bepaald in artikel 5, § 6, derde lid, artikel 13, § 6, derde lid, en artikel 20, § 5, vijfde lid, van het besluit van de Regering van 4 oktober 2018 tot uitvoering van het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit.

§ 15 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijkingen inzake diploma bepaald in artikel 25, § 1, tweede lid, en § 2, tweede lid, van het besluit van de Regering van 4 oktober 2018 tot uitvoering van het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit.

§ 16 - Wat de vastleggingen, juridische verbintenissen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap betreft, wordt hetzelfde departementshoofd in het kader van de uitvoering van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen aangewezen als gedelegeerde ordonnateur voor de in de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap bepaalde uitgaven voor de basisallocaties 34.31 van het programma 11 van de organisatieafdeling 50.

§ 17 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 44 van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen te beslissen over het recht op gezinsbijslagen.

§ 18 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 53 van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen vast te stellen dat er ernstige en eensluidende aanwijzingen zijn dat arglust, bedrog, bedrieglijke handelingen of valse informatie tot de uitbetaling van de gezinsbijslagen geleid hebben."

Art. 7 - Geldt alleen voor de Duitse tekst.

Art. 8 - Artikel 34 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 21 februari 2017, wordt aangevuld met de paragrafen 7 tot 9, luidende:

" § 7 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking inzake nationaliteit bepaald in artikel 5.15, § 1, 1°, a), en in artikel 5.31, eerste lid, 1°, a), van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool.

§ 8 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking inzake nationaliteit bepaald in artikel 17, eerste lid, 1°, a), van het decreet van 25 juni 2012 over de onderwijsinspectie en het adviespunt voor schoolontwikkeling.

§ 9 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijkingen inzake nationaliteit bepaald in artikel 6.15, eerste lid, 1°, a), en in artikel 6.32, eerste lid, 1°, a), van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren."

Art. 9 - In artikel 37 van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 21 februari 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1, 14°, wordt opgeheven;

2° paragraaf 2, 6°, wordt opgeheven;

3° in paragraaf 4, bepaling 14.1°, worden de woorden "artikel 5.48, § 1, tweede lid," vervangen door de woorden "artikel 5.45, § 2";

4° in paragraaf 5 wordt een bepaling 7.1° ingevoegd, luidende:

"7.1° de goedkeuring vermeld in artikel 5.48 van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool;"

Art. 10 - In hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 28 september 2017, wordt een hoofdstuk 5.1 ingevoegd, dat artikel 44.3 bevat, luidende:

"Hoofdstuk 5.1 - Bevoegdheden gedelegeerd aan de departementshoofden van bepaalde diensten met afzonderlijk beheer"

Art. 11 - In hoofdstuk 5.1 van hetzelfde besluit wordt een artikel 44.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 44.3 - *Gemeenschapscentra - Algemene en bijzondere delegaties*

Onverminderd de algemene en bijzondere delegaties van de directeur van de dienst met afzonderlijk beheer "Gemeenschapscentra" worden de delegaties vermeld in de artikelen 39 tot 44 toegekend aan de departementshoofden van de dienst met afzonderlijk beheer "Gemeenschapscentra".

Art. 12 - Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Art. 13 - De ministers zijn, ieder wat hem of haar betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 31 januari 2019.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

O. PAASCH

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme,

I. WEYKMANS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

A. ANTONIADIS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,

H. MOLLERS